

Saubere Krankheit

Die Hilfsorganisationen für Aids-Kranke stehen vor der Pleite. Von Ministerin Hasselfeldt haben sie keine Hilfe zu erwarten.

Für den Rest seines Lebens hat der Aids-Kranke Hartmut Auer nur noch einen Wunsch: „ein richtiges Bett“. Das Aufstehen fällt ihm schwer, der Ex-Junkie kann kaum noch laufen. Ein eigenes Bett aber ist zu teuer, so schläft Auer* auf dem Sofa im Wohnzimmer seiner Mutter.

Marita Ganze und ihre dreijährige Tochter leiden – Folge der Immunschwächekrankheit – unter Vitaminmangel. Doch genügend frisches Obst und Gemüse kann die Sozialhilfe-Empfängerin nicht bezahlen.

Martin Beier, 29, hat jede Nacht fürchterliche Schweißausbrüche. Um überhaupt schlafen zu können, muß er mehrmals sein Bett neu beziehen. Die Betttücher wäscht er mühsam mit der Hand; eine Waschmaschine kann er sich nicht leisten.

Bislang konnten in solchen Fällen die beiden deutschen Aids-Stiftungen „Positiv leben“ und „Nationale Aids-Stiftung“ unbürokratisch helfen. Damit ist es jedoch nächstes Jahr vorbei.

Den Stiftungen, die allein von Spenden leben, geht das Geld aus. Die Not der Aids-Kranken aber nimmt zu. Anträge wie der von Marita Ganze auf Nahrungsbeihilfe häufen sich. Rainer Jarchow von „Positiv leben“ kennt den Grund für die mangelnde Hilfsbereitschaft der Deutschen: „Die Leute spenden lieber für saubere Krankheiten.“

Nicht nur die Spender, auch die Politiker lassen die Helferorganisationen der „Schmuddelkrankheit“ (Jarchow) im Stich. Von 1995 an werden laut mittelfristiger Finanzplanung sämtliche Gelder für die Aids-Bekämpfung

gestrichen. Von den ehemals 30 Millionen Mark bleiben 1993 noch 16 Millionen übrig, 1994 nur noch 3 Millionen, von 1995 an gibt es dann nichts mehr.

Alle Proteste gegen die Sparpolitik blieben erfolglos. Nun stehen neue Verhandlungen für den Haushalt 1993 an. Gesundheitsministerin Gerda Hasselfeldt (CDU), von Amts wegen für Aids zuständig, zeigt wenig Interesse für die Nöte der Kranken. Als vor zwei Wochen in Wiesbaden der Vierte Deutsche Aids-Kongreß stattfand, ließ die Ministerin sich gar nicht erst blicken.

Damit hat sie die Chance vertan, einen Erfolg melden zu können – der freilich noch auf die Initiative ihrer Vorgängerin Rita Süßmuth zurückgeht.

Denn die Informations-Kampagne der Bundesregierung wirkt. Zwar hat die Gesellschaft noch nicht gelernt, mit der todbringenden Krankheit umzugehen, aber immerhin konnte die Verbrei-

tung verlangsamt werden. Die befürchtete Epidemie blieb bisher aus.

Seit 1987 pendelten sich die Zahlen bei 50 000 HIV-Infizierten ein, rechnet Meinrad Koch vom Berliner Aids-Zentrum des Bundesgesundheitsamtes vor. Pro Jahr bricht die Krankheit bei rund 2000 Patienten aus, genauso viele infizieren sich neu. Koch: „Dabei bleibt es vorerst, wenn die Leute die Aids-Gefahr weiter ernst nehmen.“

Zur Entwarnung besteht allerdings kein Anlaß. Während die sogenannten Risikogruppen bereits weitgehend sensibilisiert sind, steigt die Infektionsrate unter der übrigen Bevölkerung. Ein möglicher Grund: Sextourismus.

Eine Untersuchung des Bonner Frauenministeriums zeigt, daß eine Viertel-million Menschen pro Jahr in die Aidsverseuchten Sex-Hochburgen in Thailand oder auf den Philippinen fliegen. 70 Prozent davon sind Männer, die fast alle „was erleben wollen“.

Die Experten sind ratlos. Man wolle die Reiseveranstalter dazu überreden, heißt es im Bonner Gesundheitsministerium, in ihren Prospekten vor Aids zu warnen. Doch die Unternehmer lassen sich kaum darauf ein. Und auf brave Formulierungen aus dem Hause Hasselfeldt wie „Aids erfordert gemeinsame Anstrengungen“ reagieren die Sex-Touristen offenkundig nicht.

Der SPD-Gesundheitspolitiker Klaus Kirschner wirft der Ministerin fehlende Durchsetzungskraft vor. Und er befürchtet zudem, die Bonner Aids-Politik werde bald nach den Vorstellungen der



Gesundheitsministerin Hasselfeldt
Für Entwarnung kein Anlaß



Aids-Kongreß in Wiesbaden: Die Ministerin blieb fern

* Alle Namen von Betroffenen sind geändert.

bayerischen CSU vorgehen. Anstatt weiterhin auf Informations-Kampagnen zu setzen, drängt die CSU auf Überprüfung durch den Staat. Lauthals hatte 1987 der damalige bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler gefordert, der Staat müsse mit Zwangstests und Aids-Ghettos „die neue Pest“ bekämpfen. Nun verlangt Innenminister Edmund Stoiber wiederum Tests, diesmal anonym und massenhaft. Das aber ist kostspielig und wenig nutzbringend.

In Bayern wurden solche Tests schon durchgeführt. Wissenschaftler hatten in mehreren Krankenhäusern alle Patienten, denen Blut entnommen wurde, anonym auf HIV getestet. Sie wollten so herausfinden, ob vielleicht viel mehr Menschen Aids-infiziert sind als angenommen. Doch ihre Zahlen bestätigten in etwa die offiziellen Meldungen der Labors. Schon jetzt muß jede HIV-Untersuchung, die in Labors angestellt wird und positiv ausfällt, gemeldet werden.

Das irritiert die Bayern wenig. Sie bestehen auf bundesweiten Untersuchungen. Was bei ihnen angeblich „erfolgreich“ war, so fordert Gauweiler-Nachfolger Günther Beckstein, müsse nun in der ganzen Republik stattfinden. Hassfeldt solle bei Theo Waigel das Geld beschaffen.

Experten aus dem Gesundheitsministerium verwarfen schon vor Jahren diese Idee: Derlei Tests müßten in mindestens 2500 Krankenhäusern stattfinden, Kosten: 75 Millionen Mark. Außerdem müßten sie zu Vergleichszwecken mehrere Jahre lang wiederholt werden. „Dabei käme vielleicht heraus, daß wir rund ein Prozent mehr Aids-Kranke haben als vermutet“, spöttelt Knut Wittkowski vom Tübinger Institut für Medizinische Biometrie.

Dennoch – ein bayerischer Forschungsantrag für neue Massentests liegt bereits im Bonner Gesundheitsministerium vor und bringt die Ministerin in Schwierigkeiten. Wenn sie dem Drängen der CSU-Freunde nachgibt, muß sie womöglich dafür sorgen, daß auch die Aids-Hilfsorganisationen weiter Geld bekommen.

Es könne ja kaum angehen, meint Michael Lenz von der Deutschen Aids-Hilfe bitter, daß für „dubiose Massentests“ 75 Millionen Mark ausgegeben werden, für die Aids-Hilfen und -Stiftungen aber kein Geld mehr da sei.

Der Dachverband der 120 Aids-Hilfen hält ohnehin nicht viel von den Verhandlungskünsten der artigen CSU-Dame aus Bonn. Seit der vorigen Woche suchen die Organisationen nach anderen Sponsoren. Lenz: „Wenn für Tennis und Fußball, warum nicht auch für die Aids-Hilfe?“ Er weiß auch schon einen Namen für die neue Werbemethode: Sozio-Sponsoring.

Justiz

Vertrauen ist besser

Streit beim Bundesgerichtshof: Ein Richter prangert die unkontrollierte Macht der Senatsvorsitzenden an.

Der Richter Markus Wiebel, 49, Mitglied im 7. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH), legt an die Juristerei im eigenen Hause besondere Maßstäbe: Ein oberstes Gericht, sagt der Jurist, müsse „eigentlich Vorbild sein“.

Dem ist wohl nicht so. Der Richter sieht unter den Kollegen einen Sittenverfall. „Bedrückend“, sagt Wiebel, sei die „Geringschätzigkeit“, die bei seinem Gericht wichtigen Prozeßrechten entgegengebracht werde. Am BGH werde die Grundgesetzgarantie des „gesetzlichen Richters“ nicht ernst genug genommen.

Der spektakuläre Vorstoß des hohen Karlsruher Richters gegen die Kollegen wurde in der vergangenen Woche im angesehenen Fachblatt *Betriebs-Berater* veröffentlicht. Der Artikel ist an der Residenz des Rechts nun Stadtgespräch: Wenn Wiebel recht hat, ist ein gut Teil der BGH-Rechtsprechung womöglich verfassungswidrig zustande gekommen und aufhebbar.

Nach Ansicht des Juristen, der früher Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht war, ist beim BGH eine Arbeitspraxis eingerissen, die den Senats-Vorsitzenden unkontrollierbare Macht einräumt. Die Chefrichter, konstatiert Wiebel, beeinflussen „die Senatsrechtsprechung massiv“. Sie hätten die allzu menschliche Tendenz, „die eigene, für richtig gehaltene Meinung dominant werden zu lassen“.

Die von Wiebel beklagte Neigung beruht darauf, daß es keine hinreichenden Regeln dafür gibt, wer im Hause welche Rechtsfälle zu entscheiden hat. Es fehle, moniert der Jurist, eine „allgemeine

Bundesgerichtshof

Präsident: Professor Walter Odersky Vizepräsident: Hanskarl Salger

12 Zivilsenate 7 Richter pro Senat

1. Urheberrecht, gewerblicher Rechtsschutz, unlauterer Wettbewerb
2. Seesachen, Gesellschaftsrecht, Besitz und Eigentum
3. Schadensersatzansprüche, Entschädigung bei Enteignung, Baulandsachen
4. Erbrecht, Versicherungsverhältnisse, Handelsmakler
5. Grundstücksrecht, Nachbarrecht, kirchenrechtliche Verhältnisse
6. Artzthaftungsrecht, Produkthaftung, Ansprüche aus unerlaubten Handlungen
7. Werkverträge, Reiserecht, Dienstverhältnisse der Architekten
8. Kauf und Tausch, Mietverhältnisse, Leasing
9. Entschädigung der NS-Opfer, Rückerstattungssachen, Zwangsvollstreckung, Konkurs
10. Patent- und Gebrauchsmusterrecht, Arbeitnehmererfindungen, Sortenschutz
11. Wertpapiere, Wechsel- und Schecksachen, Hypotheken
12. Personenrecht, Familienrecht, Scheidungsfolgen

5 Strafsenate 7 Richter pro Senat

1. Revisionen aus den Bezirken der Oberlandesgerichte (OLG) Bamberg, München, Nürnberg, Stuttgart, Karlsruhe sowie aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern
2. Revisionen aus den OLG-Bezirken Frankfurt/Main, Koblenz, Köln sowie aus dem Land Thüringen
3. Revisionen in politischen Strafsachen und aus den OLG-Bezirken Düsseldorf, Schleswig, Oldenburg sowie aus dem Land Sachsen
4. Revisionen in Verkehrsstrafsachen und aus den OLG-Bezirken Hamm, Saarbrücken, Zweibrücken sowie aus dem Land Sachsen-Anhalt
5. Revisionen aus den OLG-Bezirken Berlin, Braunschweig, Bremen, Celle, Hamburg sowie aus dem Land Brandenburg

DER SPIEGEL